cem suisse

Marktgasse 53, 3011 Bern
Telefon 031 327 97 97, Fax 031 327 97 70
info@cemsuisse.ch

Medienmitteilung

Bern, 21. März 2024

Ohne Einführung eines Schweizer CBAM verliert die schweizerische Zementindustrie ihre Wettbewerbsfähigkeit

Eine Studie des Büros Polynomics zur Analyse der Folgen einer Nicht-Einführung eines Grenzausgleichsystems (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) kommt zum Schluss, dass mit einem CBAM in der Schweiz gleichlange Spiesse mit EU- und Nicht-EU-Zementlieferanten geschaffen würden. «*Ohne einen Schweizer CBAM, bzw. ohne andere Massnahmen mit vergleichbarer Wirkung, droht eine Abwanderung der Zementindustrie bzw. Klinkerproduktion ins Ausland*», halten die Autoren fest.

In einem Gutachten des ökonomischen Beratungsbüros Polynomics kommen die Autoren zum Schluss, dass in diesem Kontext auch keine «option-to-wait» besteht – also das Abwarten, ob allenfalls erst zukünftig in der Schweiz ein CBAM eingeführt werden soll. Der Bundesrat hatte im Juni 2023 beschlossen, bis im Jahre 2026 mit einer Entscheidung zuzuwarten. Wie die Autoren im Gutachten festhalten, sind Investitionsprojekte zur Abscheidung und Speicherung von CO_2 (Carbon Capture and Storage, CCS) für die Erreichung des klimapolitischen Netto-Null-Zieles der Schweiz entscheidend. Diese Projekte wiederum erfordern eine lange Planungs- und Vorlaufzeit. Aufgrund einer bereits konkret besseren Ausgangslage in der EU ist gemäss den Autoren zu erwarten, dass die Zementindustrie nicht auf sicherere Rahmenbedingungen in der Schweiz wartet, sondern vielmehr Investitionen in Frankreich, Italien oder Deutschland tätigt. «*Die Zementkonzerne investieren somit in CCS-Anlagen, tun dies aber nicht in der Schweiz, weil sich dieselben Mittel im grenznahen Ausland rentabler bzw. risikoärmer einsetzen lassen*.», halten die Autoren fest.

Bei einer Nicht-Einführung des CBAM bestehe aufgrund der grossen Unsicherheit über die Zahlungsbereitschaft ein beachtliches Risiko, Investitionen in die CCS-Technologie in der Schweiz nicht amortisieren zu können. «*Ohne einen Schweizer CBAM, bzw. ohne andere Massnahmen mit vergleichbarer Wirkung, droht eine Abwanderung der Zementindustrie bzw. Klinkerproduktion ins Ausland.»,* halten die Autoren unmissverständlich fest. Der Verzicht auf den CBAM führe zudem zu negativen Externalitäten. «*Insbesondere der politische Wille des Bundesrats, in der Schweiz ein gutes regulatorisches Umfeld für den CCS-Markt zu schaffen, würde konterkariert, da neben den KVA die Zementwerke wichtige Akteure eines zukünftigen CCS-Marktes sind. Zudem kann die Zementindustrie aufgrund des erwarteten Rückzugs vom Schweizer Markt auch ihre Rolle in der Kreislaufwirtschaft (v.a. Abfallverwertung) nicht mehr spielen. Der CBAM-Verzicht löst somit auch aus der Sicht der Schweizer Klimapolitik eine unerwünschte Entwicklung aus.*»

Marktgasse 53, 3011 Bern
Telefon 031 327 97 97, Fax 031 327 97 70
info@cemsuisse.ch

Ein Schweizer CBAM hingegen führe dazu, dass Schweizer Bauherren die CO_2-Kosten bei allen ihren Zementoptionen berücksichtigen müssen: «*Dabei [bei einem CBAM] handelt es sich keineswegs um einen Schutz der einheimischen Zementindustrie, denn die Bauherren können weiterhin Zement aus Europa oder sogar aus Drittstaaten einführen. In Europa herrscht dasselbe System mit den CO_2-Emissionsrechten und bei Importen aus Drittstaaten würden durch den CBAM-Aufschlag an der Grenze gleichlange Spiesse mit EU-, Nicht-EU- und Schweizer-Zementlieferanten geschaffen*.» Nebst dem direkten Zementimport aus Drittstaaten bestehe ohne CBAM die Gefahr, dass vermehrt Klinkerimporte aus Drittstaaten in EU-Nachbarländer stattfinden und dort in Mahlstationen verarbeitet und in die Schweiz (CBAM-befreit) exportiert werden.

cemsuisse sieht sich durch diese Studie in ihren Befürchtungen bestätigt, dass beim Ausbleiben eines Grenzausgleichsmechanismus für Zement – wie auch bei einem weiteren Zuwarten hinsichtlich des Entscheides – der Produktionsstandort Schweiz in Gefahr ist. Eine glaubwürdige Klimapolitik kann nicht darauf setzen, energieintensive Branchen ins Ausland zu verlagern, um dann die benötigten Produkte zu importieren und lediglich auf dem Papier das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Ansonsten führt der Import von Zement aus Ländern mit weniger ambitionierter Klimapolitik mittelfristig und global zu höheren Emissionen, einer verstärkten Belastung der Verkehrsinfrastruktur und einer hohen Abhängigkeit vom Ausland. Eine solche Politik kann nicht im Interesse der Schweiz und des Bundesrats sein.

Die Zementindustrie erwartet, dass die fundamentale Wettbewerbsverzerrung für energieintensive Unternehmen in der Schweiz korrigiert wird, welche bei einer Verschärfung der Klimapolitik via Revision des Emissionshandelssystems entsteht. Unternehmen in der Schweiz benötigen gleichlange Spiesse wie ihre Konkurrenten aus dem Ausland – das gilt auch für energieintensive Unternehmen.

Für Ihre Rückfragen:
Dr. Stefan Vannoni, Direktor cemsuisse
Telefon: 031 397 97 97 / E-Mail: stefan.vannoni@cemsuisse.ch